AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht El Salvador

2025

Der seit März 2022 anhaltende Ausnahmezustand blieb auch im Jahr 2025 bestehen und leistete der Unterdrückung durch die Regierung Vorschub. Es kam weiterhin zu massenhaften Festnahmen und willkürlichen Inhaftierungen. In zahlreichen Berichten war von Folter, Todesfällen in Gewahrsam und Fällen des Verschwindenlassens die Rede.

Hintergrund

Im Januar 2025 ratifizierte das Parlament, das mehrheitlich von der Regierungspartei kontrolliert wurde, eine Änderung des Verfassungsartikels 248. Diese Entscheidung schränkte die Möglichkeiten für öffentliche Teilhabe und Debatten über wichtige gesellschaftliche Fragen stark ein. Im Juli wurde eine Reform angenommen, die eine uneingeschränkte Wiederwahl für das Präsidentenamt ermöglichte. Wesentliche Elemente des politischen Systems und Wahlsystems wurden damit abgeändert und die institutionelle Gewaltenteilung weiter aufgeweicht.

Willkürliche Inhaftierungen und unfaire Gerichtsverfahren

Der Ausnahmezustand blieb das gesamte Jahr 2025 über in Kraft und bildete weiterhin den Rahmen für die willkürliche Inhaftierung Tausender Menschen. Lokale und internationale Organisationen berichteten, dass 2025 mehr als 90.000 Menschen ohne hinreichende Grundlage in Gewahrsam gehalten wurden.

Unmenschliche Haftbedingungen

Die Gefängnisse waren auch 2025 stark überbelegt, und die Inhaftierten hatten häufig keinen Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen. Laut der Plattform World Prison Brief war die Inhaftierungsquote El Salvadors die höchste weltweit. Pro 100.000 Einwohner*innen befanden sich ca. 1.650 Menschen in Haft. Inhaftierte Personen wurden systematisch ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. Tausende hatten keinen Kontakt zu Familienangehörigen oder Rechtsbeiständen, und die Behörden gaben keine Informationen über ihren Aufenthaltsort oder ihren Gesundheitszustand

bekannt.

Folter und andere Misshandlungen

Zwischen März 2022, als der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, und Dezember 2025 wurden etwa 470 gewaltsame Todesfälle in staatlichem Gewahrsam dokumentiert. Sie gingen auf Folter, unzureichende medizinische Versorgung und unhygienische Haftbedingungen zurück und wurden nicht zeitnah, umfassend und unabhängig untersucht. Die Dunkelziffer lag vermutlich höher. Da es keine wirksamen nationalen Rechenschaftsmechanismen gab, wandten sich einige salvadorianische Organisationen mit einer Beschwerde über strukturelle Straflosigkeit an internationale Menschenrechtsgremien.

Die Weltorganisation gegen Folter stufte in ihrem Folterindex für 2025 El Salvador als ein Land ein, in dem Menschen einem sehr hohen Risiko von Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt sind. Zu den dokumentierten systematischen Folterpraktiken zählten Schläge, sexuelle Erniedrigung, Schlafentzug und Kollektivstrafen. Die Behörden ließen solche Fälle weder angemessen dokumentieren noch unabhängig untersuchen und verstießen damit gegen internationale Standards wie das Istanbul-Protokoll (Handbuch für die wirksame Untersuchung und Dokumentation von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe).

Verschwindenlassen

Mitte März 2025 überstellte die US-Regierung 252 venezolanische und 36 salvadorianische Staatsangehörige rechtswidrig nach El Salvador, wo sie in der berüchtigten Hafteinrichtung CECOT (Centro de Confinamiento Contra el Terrorismo) inhaftiert wurden. Human Rights Watch legte dazu in Washington einen Bericht vor. Die USA hätten El Salvador Millionen Dollar gezahlt, um die Männer im Hochsicherheitsgefängnis Cecot zu inhaftieren, wo sie „beinahe jeden Tag“ misshandelt worden seien, sagte die Direktorin von HRW für Amerika. Sie wurden ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten und hatten keinen Zugang zu Rechtsbeiständen. Mit ihren Familien, die nichts über ihren Verbleib wussten, durften sie keinen Kontakt aufnehmen. Die Inhaftierten befanden sich in einer Situation, in der sie dem Schutz des Gesetzes entzogen waren, was gemäß internationalen Standards als Verschwindenlassen gewertet werden kann. Berichten zufolge wurden alle venezolanischen Staatsangehörigen im Juli 2025 nach Venezuela abgeschoben, wo mehrere von ihnen öffentlich erklärten, sie seien in El Salvador gefoltert oder anderweitig misshandelt worden. Im September 2025 berichteten die Medien, dass mindestens drei der salvadorianischen Staatsbürger weiterhin vermisst wurden.

https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/el-salvador-2025

www.deutschlandfunk.de /12.11.2025

www.hrw.org